Ressort: Politik

Bericht: NPD erhält vorerst keine staatlichen Mittel mehr

Berlin, 23.02.2013, 16:49 Uhr

GDN - Der Bundestag hat aufgrund einer noch nicht beglichenen Strafe alle Zahlungen für die NPD vorerst eingestellt. Das berichtet das Onlineportal des Magazins "Der Spiegel".

Grund für die vom Bundestag getroffene Maßnahme sei eine noch ausstehende Strafe in Millionenhöhe. Das Bundesverwaltungsgericht hatte die Partei wegen fehlerhafter Angaben in einem Rechenschaftsbericht zu einer Zahlung von 1,27 Millionen Euro verurteilt. Diese Überweisung habe noch nicht stattgefunden. Zuletzt hatte sich die Partei den Ärger von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) zugezogen, indem sie eine Materialsammlung, die das Innenministerium für ein mögliches Verbotsverfahren gegen sie zusammengetragen hat, auf ihrer Internet-Seite veröffentlicht hatte.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-8285/bericht-npd-erhaelt-vorerst-keine-staatlichen-mittel-mehr.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619